Sozialdemokraten, die teilweise zu gemeinsamen Festlegungen und Verhandlungen führten.

5. Die Agitation für die Einzeichnung roter Wahlhelfer, die Sammlung für den Kampffonds und die Werbung für die Partei, die „Arbeiterstimme" und das „Illustrierte Volksecho" erfolgen nicht in engster Verbindung mit der politischen Arbeit und im Rahmen der Erfüllung der politischen Aufgaben.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich die Notwendigkeit der sofortigen Ueberprüfung unserer Arbeit, der Ausmerzung aller politischen Fehler, Schwächen und Mängel und des **schärfsten Kampfes gegenüber allen opportunistischen Abweichungen.** Nur so wird es möglich sein, unsere revolutionären Aufgaben restlos zu erfüllen und das Tempo unserer Arbeit zu beschleunigen. In welchem Sinne muß die Ausrichtung und Verbesserung unserer politischen und organisatorischen Arbeiten erfolgen?

Die Hauptfrage ist **die Verbreiterung und Steigerung der außerparlamentarischen Massenkampagne,** um durch die Reichspräsidentenwahl Millionen von Arbeitern für ihre Klassenziele zu mobilisieren und sie der roten Einheitsfront zum Kampf für die politischen Tagesinteressen, für Arbeit und Brot, für ein sozialistisches Deutschland zuzuführen. Das kann aber nicht geschehen mit einer sozialdemokratisch-parlamentarischen Einstellung, sondern wenn wir, wie es in dem in der „Arbeiterstimme" vom 16. Januar veröffentlichten Beschluß des ZK der KPD heißt: „Oeffentliche Wahlen und Volksabstimmungen als **außerparlamentarische Aufgabe,** als einen Bestandteil des Kampfes **von Klasse gegen Klasse** betrachten".

Davon ausgehend, heißt es in dem von uns genannten Beschluß des ZK weiter: „Sie (die KPD) ist sich vollkommen der Tatsache bewußt, daß es ihr nicht möglich ist, unter der Herrschaft des Kapitalismus die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nach den „Spielregeln" der bürgerlichen Verfassung auf ihren Kandidaten zu vereinigen.

Die Kommunistische Partei benutzt vielmehr die Präsidentschaftswahlen, um die **Millionenmassen der Arbeiterschaft aufzurütteln, um die Einheitsfront des Proletariats,** als Führer aller Werktätigen, zu erweitern und zu festigen, um die Parteien der sich faschisierenden bürgerlichen Diktatur und ihre zuverlässigste Stütze, die Sozialdemokratie, als die Todfeinde der gesamten Arbeiterklasse zu entlarven und zu bekämpfen."

In Verbindung damit ergibt sich mit aller Klarheit, daß die Kandidatur des Genossen Ernst Thälmann das Symbol des Klassenkampfes des Proletariats gegen alle seine Ausbeuter und Unterdrücker ist.

Das Schwergewicht des Klassenkampfes der Arbeiterschaft aber liegt im **Betrieb,** wo tagtäglich die Gegensätze zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern aufeinanderprallen. Und damit **kommen wir zu der zweiten entscheidenden Frage,** an welcher Stelle unsere **Hauptaufgabe** zu erfüllen ist. Das sind die Betriebe, in denen auch heute noch, trotz der Riesenerwerbslosigkeit etwa zwei Drittel der Arbeiter zusammengeballt sind und auf deren Eroberung wir unsere Hauptkräfte konzentrieren müssen.

Die tagtäglichen Konflikte der Arbeiter mit dem Unternehmer, die Vorstöße der Kapitalisten auf der Linie des immer weitergehenden Lohnabbaues und der Massenentlassungen, sowie alle **anderen Maßnahmen zur verschärften Ausbeutung, das sind die Fragen,** an denen wir in der Vorbereitung und Organisierung **des Kampfes der Arbeiterschaft anknüpfen müssen.** Jede, auch die kleinste und primitivste Regung des Protestes und des Widerstandes **der Belegschaften und der einzelnen Abteilungen** ist von **uns auszunutzen, um die Arbeiter Schritt für Schritt an den Streik** — der in der gegenwärtigen Periode schärfsten Waffe des Proletariats — gegen das Unternehmertum **heranzuführen.** Nur wenn wir diese Aufgabe erfüllen, führen wir die Reichspräsidentenwahlkampagne und den roten Volksentscheid auf der Linie **der Steigerung** des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Das erfordert aber auch, daß die Betriebsarbeit als **zentrale Aufgabe der Partei** nicht nur in Worten anerkannt, sondern in der praktischen Arbeit aller Parteiorganisationen und Parteimitglieder ihren Ausdruck findet. Das erfordert weiter, daß die Gleichstellung der Bearbeitung der Betriebe mit der Arbeit in den Wohngebieten **schleunigst beseitigt** und jedes Hemmnis, das sich uns bei der Verstärkung unseres Einflusses in den Betrieben und der Eroberung **der Führung der Belegschaften** entgegenstellt, rücksichtslos aus **dem Wege geräumt** wird. Die Partei muß alle Kräfte anspannen, um jeden Betrieb zur **festesten Stütze** der roten Einheitsfront und zum **Kraftzentrum** des proletarischen Klassenkampfes zu machen.

Diese entscheidende Aufgabe werden wir aber nur lösen, wenn wir auf allen Gebieten und besonders in den Betrieben, **den schärfsten Kampf gegen die SPD,** die Gewerkschaftsbürokratie und die „Eiserne Front" führen, die auch bei der Reichspräsidentenwahl die **Hauptstütze der Bourgeoisie** sind. Gerade die Zustimmung zur Kandidatur Hindenburgs ist ein neuer Beweis **dafür, daß die SPD** mit ihrer Politik des „kleineren Uebels" der Wegbereiter des offenen Faschismus ist, die „Eiserne Front" aber nur ein neues Betrugsmanöver **der SPD** darstellt, um die noch sozialdemokratisch beeinflußten Arbeitermassen weiterhin an die Bourgeoisie zu fesseln. Während im Jahre 1925 Hindenburg von **der SPD als der größte Reaktionär** gekennzeichnet wurde, ist Hindenburg heute für die SPD der „wahre Vertreter der Demokratie und der Verfassung", sowie „des korrekt gebliebenen Kapitalismus".

So macht die SPD den reaktionären Generalfeldmarschall Hindenburg zum „kleineren Uebel" gegenüber den anderen faschistischen Reichspräsidentenkandidaten **Hitler** und **Duesterberg.**

Für die immer brutaler und gewaltätiger auftretende Klasse der Kapitalisten ist aber in der gegenwärtigen Situation der Reiter nicht Hitler oder Duesterberg, sondern **Hindenburg.** Das zeigt sich ganz klar in der Führung der Wahlkampagne für Hindenburg durch die Vertreter der deutschen Schwer- und Großindustrie, durch den Generaldirektor des IG-Farbentrusts **Duisberg,** durch **Krupp** v. Bohlen-Halbach und durch den Elektrizitätsgewaltigen **Bosch.** An der Seite dieser größten **Scharfmacher** des Lohnraubs und der Massenentlassungen marschiert die Sozialdemokratie. So zeigt sich auch in diesem Fall des Eintretens der SPD für Hindenburg und ihrer demagogischen und verlogenen Begründung, daß die Politik des „kleineren Uebels" nur den Zweck hat, die Durchführung des Faschismus zu verschleiern und den einheitlichen **Kampf** der Arbeiterklasse gegen diese offene, unverhüllte **Kapitalsdiktatur zu verhindern.**

Diesen Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur gegen die Bourgeoisie und ihre drei Reichspräsidentenkandidaten, Hindenburg, Hitler, Duesterberg, auf der ganzen Breite der Klassenfront, ausgehend von den kleinsten Bewegungen der Arbeiterschaft zu entfalten ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Diese Aufgabe kann aber nur gelöst werden, wenn sich der Hauptschlag unseres Kampfes gegen die Hauptstütze der faschistischen Diktatur, die Sozialdemokratie, die selbst im Lager des Faschismus steht, richtet. **Jedes Schwanken, jedes Zurückweichen und Zögern in diesem Kampf bedeutet, sich der Politik des „kleineren Uebels" unterordnen.**

Mit diesem verschärften Kampf gegen den sozialfaschistischen Flügel der Bourgeoisie steht gleichzeitig **der Kampf gegen SAP und brandleristische Renegatengruppen.** SAP und Brandlerismus haben die besondere Aufgabe, mit ihren radikalen Phrasen die Arbeiter in ihrer Abwanderung von der SPD in das Lager des revolutionären Klassenkampfes aufzuhalten und sie somit in der Führung des Kampfes gegen den Faschismus zu **hemmen und zu schwächen.**

Diese Tatsache kam klar zum Ausdruck **in den letzten Streikkämpfen** der Arbeiterschaft, wo SAP und Brandleristen gemeinsam gegen die Streiks auftraten und die Streikenden beschimpften. Diese Tatsache zeigte sich aber auch besonders bei der Einleitung des Präsidentschaftswahlkampfes **und in dem Vorschlag der SAP eine sogenannte Einheitsfront der Arbeiterschaft einschließlich der sozialfaschistischen SPD- und Gewerkschaftsführer** zur Aufstellung eines sogenannten Einheitskandidaten herbeizuführen. Als aber die Kommunistische Partei durch die Aufstellung des Genossen Thälmann die Klassenfronten klar aufriß, versuchten die SAP-Führer ein neues Verwirrungsmanöver durch die geplante Aufstellung Leberours als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl. Nachdem die SAP-Arbeiter ihren Führern durch die klare Entscheidung für Ernst Thälmann einen Strich durch ihre Rechnung gemacht haben, wird das Betrugsmanöver der SAP in der Propaganda für die Schaffung von **Wahlkomitees, Abhaltung gemeinsamer Veranstaltungen** und sogenannten **Einheitsfrontorganen** durch Verhandlungen der Organisationsleitungen **fortgesetzt.** Durch die **falsche** Einschätzung der SAP und des Brandlerismus durch Parteimitglieder und Parteileitungen ist es in verschiedenen Orten zu solchen Verhandlungen gemeinsamer Veranstaltungen und zur Bildung gemeinsamer Ausschüsse gekommen. Damit wird dem Arbeiterbetrug und den Hilfsdiensten der SAP und Brandleristen für den Sozialfaschismus **Vorschub geleistet.**

Die Einheitsfront der Arbeiter zur Führung ihres Klassenkampfes kann nur im **schärfsten Kampf** gegen die Politik der SPD der SAP und den Brandlerismus, die nur links drapierte Filiale des Sozialfaschismus sind, erstehen. In Verbindung mit diesem Kampf kommt es darauf an, durch geduldige **Aufklärung** und Diskussion dem sozialfaschistischen Einfluß noch stehende Arbeiter von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für die Interessen und Existenz der Arbeiterklasse **überzeugen** und sie zu einer gemeinsamen Front mit den parteilosen und kommunistischen Arbeitern zusammenzuschließen. Diese Einheitsfront kann nur entstehen in den Betrieben, in der Stempelstelle, in den Ortschaften, **in der Vorbereitung und Durchführung von Kampfmaßnahmen** gegen die Verschlechterungen der Unternehmer gegen die Streikbruchtaten der Gewerkschaftsbürokraten, gegen den Unterstützungsabbau, gegen nationalsozialistische Ueberfälle und Mordtaten. Diese Einheitsfront unter Führung der KPD wird auch — ausgehend von den Tagesinteressen der Arbeiter — siegreich sein im Kampf gegen das kapitalistische System und den Faschismus.

Ueberall wo sich politische Schwächen und Fehler in der Anwendung der Einheitsfrontaktik herausgestellt haben, müssen sie **schnellstens beseitigt werden,** um den Weg frei zu machen zur Herstellung der **wirklichen** Einheitsfront der Arbeiterklasse im Kampf für ihre **Klassenziele.** Das Symbol dieser Einheitsfront und ihres Kampfes um die proletarischen Klassenziele ist der **Arbeiterkandidat Ernst Thälmann.**

In diesem Sinne müssen wir alle unsere Kräfte einsetzen, unsere politischen Aufgaben zu erfüllen und in Verbindung mit Tausende und Zehntausende von Wahlhelfern, Gewinnung von neuen Parteimitgliedern und Lesern für die Arbeiterstimme und das Illustrierte Volksecho zu gewinnen.

Diese Arbeiten zur **organisatorischen** Verstärkung der Klassenfront, ihrer Führung, der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse, müssen planmäßig und systematisch **und ausdauernd** in erster Linie in der Richtung der Einheit der Betriebe

für den revolutionären Klassenkampf
für den Kommunismus
für den proletarischen Klassenkandidaten Ernst Thälmann

organisiert und geführt werden.

KPD verhindert Monarchisten-Rummel im Landtag!

SPD läßt der Reaktion freie Bahn . Nazis als offene Königslakaien . Monarchistenerklärung geht in kommunistischer Gegenkundgebung unter!

Dresden, den 26. Februar

Der sozialdemokratische Präsident des Sächsischen Landtages Weckel, berief, als bekannt wurde, daß der „Geenig" gestorben war eine Sitzung des Landtagspräsidiums ein. Als die Sitzung stattfand, war ein sozialdemokratisches Mitglied durch eine Sitzung in Berlin verhindert. Ein anderer erhielt die Einladung zu spät. So erhielten denn die verhinderten Monarchisten, der Staatsparteiler Bretschneider, der Jungdeutsche Lasse und der Wirtschaftsparteiler Günther die Mehrheit. Höchst sonderbar, zumindestens diese Verspätung des Briefträgers. Aber so beschloß das Präsidium sich an der Beerdigung des „Geenigs" zu beteiligen und ein entsprechendes Schreiben an die Erben zu senden.

Für gestern vormittag hatte der Präsident eine Sitzung des Aeltestenausschusses einberufen, die sich mit der Geschäftslage und dem „Ableben des ehemaligen Königs" beschäftigen sollte.

So drängt sich alles . . .

um das Illustrierte Volksecho. Heute neue Nummer erschienen. Aus dem Inhalt: Wenn in der Republik ein König stirbt . . . Außerdem wieder Rätsel, Schach, Roman, Sport, Bild der Woche usw. Die 16 Seiten starke, reich illustrierte Nummer ist ab heute überall zum Preise von 15 Pf. zu haben.

Der Sozialdemokrat fühlte Verpflichtungen gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten.

Im Landtag sollte nämlich ein monarchistischer Rummel steigen. Nach Abwicklung der Geschäftslage, in der gegen den Willen der Kommunisten beschlossen wurde, daß die **nächste Sitzung erst nach dem zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl** stattfinden soll, stellte Weckel den **Protestantrag der KPD gegen die Beteiligung des Präsidiums an dem monarchistischen Rummel zur Aussprache.**

Weckel erklärte, daß er den Antrag nicht zulasse, da er eine Kritik an dem Präsidium enthalte, diese aber nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. So schützt der Sozialdemokrat die Monarchisten. Der Vertreter der KPD kündete darauf eine Erklärung für das Plenum an. Auch jetzt wurde von Weckel darauf hingewiesen, daß eine Kritik des Präsidiums in der Erklärung nicht enthalten sein dürfe. Dann rückte der Staatsparteiler Bretschneider mit den Plänen der monarchistischen Reaktion heraus. **Er beantragte, daß der Landtag eine Beileidskundgebung für den verstorbenen Wettiner veranstalte.**

Das sei eine „Repräsentationspflicht" des Landtages. Auf diese provokatorische Forderung des staatsparteilichen Spießbürgers mit dem monarchistischen Herzen kündete der Genosse Renner eine entschiedene Gegendemonstration der KPD-Fraktion an. So werde dann die Kundgebung sich sehr antimonarchistisch gestalten. Den königstreuen Republikanern fiel darauf das Herz in die Hosen.

Böchel eilte den bebepperten Monarchisten zu Hilfe und machte den Vorschlag, die monarchistisch eingestellten Parteien sollten doch ihre Gedenkkundgebung in dem dafür geeigneten Raume, in der ersten Kammer durchführen. Ein echt sozialdemokratischer Vergleichsvorschlag.

Mit fünfviertelstündiger Verspätung begann dann die Landtagstagung. Ueber eine Stunde brauchten die verhinderten Monarchisten, um eine Erklärung von zehn Zeilen auszuarbeiten. Eine Stunde dauerte es, bis auch die SPD eine Erklärung ausgearbeitet und sich mit den Monarchisten verständigt hatte. Diesmal zensierte **in einer Stunde der Landtagsvorstand die Erklärung der KPD.**

Dann sollte der Rummel steigen. Die SPD gab dem Böchel eine zahme Erklärung ab. **Aber die Fraktion der Landesdemokraten erschien nicht im Saal.** Dort wäre sie doch zu einigen Bemerkungen gegen die „Geenigfront" verpflichtet gewesen. Ernsthaft, aber so zum Schein vor den Arbeitern.

Ueberdies hatte der Dresdner SPD-Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums Lawento Döllitzsch das Gleiche getan wie Bretschneider. Deshalb hatte sie sich mit den Monarchisten verständigt, sie blieben draußen. Praktisch aber bedeutete das — freie Bahn für die monarchistische Demonstration.

Die kommunistische Fraktion zeigte in ihrer Erklärung die monarchistische Demonstration als eine Erscheinung der faschistischen Entwicklung in **Deutschland,** die sich nur auf der Seite der SPD- und Gewerkschaftsführer entfalten konnte.

Die geplante monarchistische Kundgebung der bürgerlichen Parteien ging in der Gegenaktion der KPD unter. Von der Erklärung Siegerts **war kein Wort zu verstehen.** Als er von der Verbundenheit des **„Geenigs" mit dem Volk sprach,** tönte es ihm **aus den Reihen der KPD entgegen: „Lödtauer Zuchthausmörder".**

Eine klägliche Rolle spielten die Nationalsozialisten. **Unterzeichnet hatten sie aus Wahlgründen die Erklärung der Monarchisten nicht.** Sie blieben aber bei der Verlesung der Erklärung im Saal und als die Monarchistenhuldiger sich erhoben, **standen zuerst zögernd aber geschlossen** unter dem stürmischen Gelächter **der KPD auch die Nazis auf.**

So verkrachte die geplante Monarchistenkundgebung im Landtag gründlich, trotzdem der SPD-Präsident den Monarchisten alle erdenkliche Hilfestellung geleistet hatte und die SPD-Landtagsfraktion den Monarchisten freie Bahn im Plenum zu schaffen versuchte.

So zeigten sie sich auch bei diesem Monarchistenrummel. Und wie hier, so steht auch bei allen Vorstößen der Reaktion die KPD an der Spitze der Gegenaktion, die die Pläne der Reaktionäre zuschanden macht!

12000 Berliner Gastwirtestreiker

Berlin, 26. Februar (Eig. Drahtbericht).

Ab gestern befinden sich rund 12 000 Gast- und Schankwirtschaften Berlins im Vierstreik. In der Gastwirtegroßkundgebung im Saalbau Friedrichshain, die von Tausenden überfüllt war, sprach der kommunistische Landtagsabgeordnete Hofmann unter großem Beifall über die Not der Gastwirte, und wie der Kampf weitergeführt werden müsse. An die Fraktionen des Landtags und Reichstages wurden Schreiben gerichtet mit Forderungen der Gastwirte. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erklärte, daß sie voll und ganz mit den Forderungen der Gastwirte einverstanden sei und diese unterstützen würde. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat von mehreren Lokalen die Streikplakate abreißen lassen.

Mehrheit für Vierstreik in Dresden

Der Gaststättenverband sabotiert

Wie die Dresdner Gaststätteninhaber mitteilen, hat sich die Mehrheit bereits für die Durchführung des Vierstreiks entschieden. Der Verband versucht jedoch, den Ausbruch des Streiks zu verhindern.

Heute alles zum General-Appell in die Zellen!